



Nr. 40 / 25.09.2015

Alexander HOFFMANN informiert

DER NEWSLETTER DES WAHLKREISABGEORDNETEN FÜR MAIN-SPESSART UND MILTENBERG

Flüchtlingskrise: Situation nicht schönreden und Fehlanreize abbauen!

Liebe Leserinnen, liebe Leser, auch in dieser Sitzungswoche drehte sich fast alles um die Flüchtlingskrise. Ich habe hierzu in den zurückliegenden Tagen und Wochen eine Vielzahl von Briefen und E-Mails erhalten. Kein Thema treibt die Bevölkerung und auch mich persönlich mehr um. In einer fraktionsinternen Arbeitsgruppe wirke ich deshalb an der Entwicklung und Ausgestaltung von Lösungen mit.

60 Millionen Menschen befinden sich derzeit weltweit auf der Flucht. Insbesondere der Bürgerkrieg in Syrien und der IS-Terror in Syrien sowie im Nordirak sind verantwortlich dafür, dass die Menschen ihre Heimat verlassen auf der Suche nach Frieden und Sicherheit. Nach der neusten Prognose des Bundesinnenministeriums werden allein dieses Jahr mindestens



800.000 Menschen nach Deutschland kommen und einen Antrag auf Asyl stellen. Die Entscheidung, vorübergehend wieder Grenzkontrollen einzuführen, ist richtig und notwendig. Wir können nicht jeden Tag unzählige Personen unkontrolliert und unregistriert ins Land strömen lassen. Wir müssen wissen, wer zu uns kommt – das ist auch aus Sicherheitsgründen dringend erforderlich.

Gerade die CSU ist – nicht nur in diesen Tagen – die Partei, die sich nicht nur auf das „Wir schaffen das“-Zitat zurückzieht, sondern die aktuelle Lage sehr realistisch und durchaus auch kritisch bewertet. Deshalb werden wir auch nicht müde zu betonen, dass tausende Flüchtlinge jeden Tag auch für Deutschland auf Dauer zu viel sind und wir die Hilfsbereitschaft und die Akzeptanz der Bevölkerung nicht überstrapazieren dürfen.

Wir als CSU haben ein klares Konzept, was zu tun ist:

1. Asylbewerber brauchen schnell Klarheit, ob sie bleiben dürfen.
2. Wirtschaftsflüchtlinge haben keinen Anspruch auf Asyl.
3. Anerkannte Asylbewerber müssen wir tatkräftig integrieren.
4. Abgelehnte Asylbewerber müssen umgehend abgeschoben werden.
5. Wir dürfen keine falschen Anreize schaffen.
6. In sogenannten Hotspots wollen wir europäisches Asylrecht vollziehen.
7. Flüchtlinge müssen in Europa nach Kontingenten verteilt werden.
8. Fluchtursachen in den Herkunftsländern müssen bekämpft werden.

Für diese Leitlinien werben wir seit Wochen. Politik braucht Mehrheiten, in den Ländern, im Bund und in Europa. Aktuell kann man die Unterschiede der Parteien sehr gut sehen. Jeder kann sich ein Bild machen, wer klare Antworten liefert und wer trotz dieser immensen Herausforderungen blind an seinen Ideologien verhaftet bleibt.

Unsere Positionen und Forderungen genießen auch breiten Rückhalt bei den bayerischen Bürgern, das hat eine neue Umfrage gestern erst wieder deutlich gezeigt: 73 Prozent sind für mehr Sachleistungen anstatt Bargeld für Asylbewerber; 74 Prozent unterstützen unsere Forderung nach Einreisesperren für abgelehnte Asylbewerber; 70 Prozent befürworten verstärkte Grenzkontrollen und 68 Prozent die Ausweitung sicherer Herkunftsländer. Diese CSU-Forderungen sind selbst bei den Anhängern aller bayerischen Oppositionsparteien mehrheitsfähig. Das zeigt meiner Meinung nach auch deutlich, wie erschreckend weit Grüne, Freie Wähler und auch große Teile der SPD von den Sorgen und Ängsten der Bevölkerung sowie von der eigenen Basis entfernt sind.

Wie Sie sicherlich wissen, habe ich früher unter anderem die Ausländerbehörde in Würzburg geleitet. Aus dieser Zeit habe ich viel Lehrreiches für meinen späteren Weg mitnehmen können. Ich bin der festen Überzeugung, dass der Großteil der hier ankommenden Flüchtlinge integrationsbereit ist. Zum anderen gibt es erfahrungsgemäß immer wieder Konflikte, auch aufgrund der kulturellen Unterschiede. Ein patriarchalisches Frauenbild beispielsweise entspricht nicht unseren Gepflogenheiten. Hier und bei anderen möglichen Konfliktherden müssen von Beginn an klare Grenzen gezogen werden, um das Aufkommen von Parallelgesellschaften zu verhindern. In Deutschland steht das Grundgesetz über der Bibel und dem Koran. Auch das sollten wir den Flüchtlingen von Anfang an sehr deutlich klarmachen!

Unser Land wirkt in diesen Tagen wie ein großer Dampfer, der sich mittlerweile zwar wieder in die richtige Richtung bewegt, aber in Ansehung der akuten Probleme noch immer viel zu schwerfällig manövriert wird. Bei allem Verständnis für Kompromisse, die es einzugehen gilt: Jedes weitere Zugeständnis an diverse rot-grün regierte Bundesländer verwässert unseren Kurs, und verhindert eine Verbesserung der Situation.

Bei vielen Ergebnissen des Bund-Länder-Gipfels, der am Donnerstag im Kanzleramt stattgefunden hat, ist die Handschrift der CSU deutlich erkennbar, zum Beispiel was den Vorrang des Sachleistungsprinzips angeht, die Kürzung von Leistungen für vollziehbar Ausreisepflichtige, die Begrenzung der Geld-Vorauszahlung auf einen Monat, die separate Unterbringung von Flüchtlingen aus sicheren Balkanländern, die Erweiterung der sicheren Herkunftsländer (Albanien, Kosovo und Montenegro) sowie die Verdoppelung der Residenzpflicht auf sechs Monate.

Künftig wird der Bund monatlich pauschal 670 Euro pro Flüchtling zahlen. Zudem beteiligt sich der Bund mit jährlich 500 Millionen Euro am sozialen Wohnungsbau und gibt 350 Millionen Euro für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Auch das freiwerdende Betreuungsgeld kommt den Ländern zugute.

Über bestimmte Punkte war es aber leider gar nicht erst möglich, mit unserem Koalitionspartner ernsthaft zu diskutieren, etwa die Nichtaufnahme von Flüchtlingen aus Schengen-Staaten, in denen sie eigentlich bereits eine sichere Unterkunft gefunden haben. Die Asylsuchenden müssen akzeptieren, dass sie sich den EU-Mitgliedstaat, in dem ihnen Schutz gewährt wird, nicht aussuchen können.

Auch die Abschaffung der Doppelten Anhörung im Zuge des Asylverfahrensgesetzes wäre ein wichtiger Schritt gewesen. Es muss ausgeschlossen werden, dass im Laufe des Verfahrens immer wieder neue Fluchtgründe nachgeschoben werden. Aus meiner Zeit bei der Ausländerbehörde in Würzburg kenne ich viele Fälle sogenannter Nach-Fluchtgründe, etwa wenn ein Asylbewerber, der sich bereits in Deutschland aufhält, Regime-kritische Äußerungen ins Internet stellt und dies dann als Fluchtgrund angibt. Auch hier müssen wir kritisch hinterfragen, ob das weiterhin möglich sein soll.

Das Vorhaben, eine elektronische Gesundheitskarte für alle Asylbewerber einzuführen, wenn ein Bundesland dies will, ist ein großer Fehler. Dies schafft noch zusätzliche Anreize für Flüchtlinge, sich auf dem Weg nach Deutschland – und zwar ausschließlich nach Deutschland – zu machen. Mit einer Gesundheitskarte sollen die Flüchtlinge direkt zum Arzt gehen können. Zwar wird das Leistungsspektrum reduziert sein, dennoch dürften Fotos von Flüchtlingen, die



eine Gesundheitskarte ausgehändigt bekommen haben, eine neue Sogwirkung entfalten. Im digitalen Zeitalter verbreitet sich diese Nachricht überall hin. Schleuserbanden werben mit solchen Botschaften und bereits auf der Flucht befindliche Menschen kennen nur noch ein Ziel – Deutschland. Andere europäische Staaten haben uns deshalb dringend gebeten, keine neuen Anreize zu setzen und alte abzubauen.

Die Grünen und Linken – nicht nur im Bundesrat – agieren vollkommen an der Realität vorbei. Viele rot-grün regierte Länder fordern einerseits mehr Geld vom Bund, vollziehen aber nach wie vor so gut wie keine Abschiebungen!

Wir werden diese Herausforderungen nur meistern, wenn wir den Druck auf unsere Außengrenzen reduzieren können. Ehrenamtliche leisten in diesen Tagen – auch in unserer Region – Großartiges! Aber auch ihre Hilfsbereitschaft dürfen wir nicht verschleißen!

Herzlichst

Ihr

Alexander Hoffmann, MdB

Fotos:
CDU/CSU-Fraktion,
Fotostudio Schwab,
Bundesregierung/Bergmann,
Michael Dominik